



Presseschau vom 29.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Widerspruch: NATO-Eingreiftruppe vergrößern, aber in den USA wenig Interesse am Militärdienst

US-Truppen sind fast überall und stellen auch einen großen Teil bei den Eingreiftruppen der NATO. Aber in den USA wird die Rekrutierungsbasis für das Militär stetig kleiner. Die Mehrzahl der jungen Erwachsenen scheidet von vornherein aus, und von den übrigen wollen zu wenige. ...

<https://kurz.rt.com/31om> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Türkei macht Weg frei für NATO-Norderweiterung – Kurdische Diaspora bezahlt nun für US-Interessen

Der Ukraine-Krieg hat bereits Brüche in der multi-kulturell geprägten Gesellschaft Europas offenbart. Mit dem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands dank letztendlicher Einwilligung der Türkei entsteht nun ein tiefes Misstrauen zwischen Kurden und Westeuropäern. ...

<https://kurz.rt.com/31q8> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:46 de.rt.com: Finnischer Präsident: Türkei stimmt NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands zu

Nach Darstellung des finnischen Präsidenten will die Türkei den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands nun unterstützen. Man habe sich im Rahmen des NATO-Treffens in Madrid geeinigt und wolle der Türkei bei ihren Forderungen entgegenkommen.

Nach Darstellung des finnischen Ministerpräsidenten Sauli Niinistö hat die Türkei zugestimmt, den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands zu unterstützen. Die Türkei werde während des NATO-Gipfels in Madrid die Einladung an Finnland und Schweden unterstützen, Bündnismitglied zu werden, so Niinistö. Ein entsprechendes Memorandum sei nach einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Schwedens Ministerpräsidentin Magdalena Andersson und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unterzeichnet worden.

Am Montag hatte der türkische Präsident noch keine Kompromissbereitschaft in Sachen NATO-Norderweiterung gezeigt. Nach Regierungsangaben sagte Erdoğan:

"Morgen werden wir zum NATO-Gipfel in Spanien gehen und alles Notwendige im Einklang mit den Rechten und Interessen unseres Landes tun."

Man wollen den Gesprächspartnern die "Scheinheiligkeit" gegenüber "Terrororganisationen" mithilfe von Dokumenten, Informationen und Bildern" erklären. Die Türkei wirft Schweden und Finnland die Unterstützung von "Terrororganisationen" vor.

Erdoğan begründete die Blockadehaltung der Türkei in der Frage des NATO-Beitritts Schwedens und Finnlands mit der angeblichen schwedischen und finnischen Unterstützung von "Terrororganisationen" wie der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, der syrischen Kurdenmiliz YPG und der Gülen-Bewegung – in Stockholm und Helsinki wurde dies zurückgewiesen. Ankara fordert zudem die Auslieferung mehrerer Personen, die in der Türkei unter Terrorverdacht stehen.

Erdoğan dürfte es zudem auch um die Aufhebung von Beschränkungen für Waffenexporte in die Türkei gehen. NATO-Mitglieder wie Deutschland, aber auch andere Länder wie Schweden haben aus Protest gegen eine türkische Offensive gegen die YPG in Nordsyrien im

Jahr 2019 Rüstungslieferungen in die Türkei teilweise gestoppt. Die Türkei sieht dies als Affront, da der Einsatz in Syrien ein "notwendiger Schritt im Kampf gegen den Terrorismus" sei.

Stoltenberg versuchte zuletzt, zwischen der Türkei und den beiden möglichen künftigen Mitgliedern zu vermitteln. Er betonte mehrmals, dass man die türkischen Einwände ernst nehmen müsse – offenbar wurde das nun getan.

Niinistö schrieb in einem Pressestatement, man werde die konkreten Schritte zum Beitritt in den nächsten zwei Tagen mit den Mitgliedsstaaten der NATO beschließen. Weiter erklärte er, Finnland und Schweden verurteilten den Terrorismus verurteilen und unterstützten den Kampf dagegen, hielten sich dabei aber an die nationalen Gesetze. Man wolle auch bei Waffenlieferungen und Auslieferungen mit der Türkei zusammenarbeiten.

Als Grund für das Veto der Türkei wird auch vermutet, dass Erdoğan Druck auf die USA ausüben will, um F35-Kampfbjets von Washington zu erhalten. Die USA hatten dem bisher nicht zugestimmt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bb55b6b480cc7e1c08642b.jpg>

Recep Tayyip Erdoğan und Joe Biden beim NATO-Gipfel in Brüssel am 24. März 2022

21:22 de.rt.com: **Neuer ärztlicher Berufsverband "Hippokratischer Eid" in Hamburg gegründet**

Ärzte und Therapeuten können jetzt einem neuen Berufsverband beitreten, der sich für eine freie Impfentscheidung und echte Aufklärung der Bevölkerung einsetzt. Der "Hippokratische Eid" setzt sich für Humanmedizin ein, die sich wirklich der Gesundheit verpflichtet fühlt.

Neuer ärztlicher Berufsverband "Hippokratischer Eid" in Hamburg gegründet

Am 11. Juni haben Ärzte und Wissenschaftler mit einer kritischen Haltung gegenüber dem offiziellen Corona-Narrativ in Hamburg einen neuen ärztlichen Berufsverband gegründet: den Berufsverband "Hippokratischer Eid". Zu den Gründern und Initiatoren gehören unter anderem bereits bekannte kritische Mediziner und Fachleute wie der Mikrobiologe Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, der Lungenfacharzt Dr. Wolfgang Wodarg, der Sprecher der MWGFG, Dr. Ronny Weigl, der Professor für Elektroingenieurwesen, Dr. Werner Bergholz, der Allgemeinmediziner und klassische Homöopath Rolf Kron und die Allgemeinmedizinerin Dr. Sonja Reitz.

In einem [Aufruf](#) vom 16. Juni fordern sie und andere kleinere und größere Ärztgruppen die interessierte Ärzteschaft auf, dem neuen Berufsverband schnell beizutreten, damit der Ärzteverband noch rechtzeitig vor dem Herbst (und der mutmaßlichen neuen Pandemiewelle) seine Stimme erheben könne. Man wollte damit auch eine andere medizinische Perspektive hinsichtlich der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen in die öffentliche Wahrnehmung bringen.

Diese Berufsverbandsgründung ist nach Meinung der Initiatoren insbesondere auch deshalb wichtig, weil fast alle traditionellen medizinischen Berufsverbände hinsichtlich der Corona-Krise öffentlich zum Impfen aufgerufen sowie die Übersterblichkeit und die hohe Zahl der

Nebenwirkungen seit Beginn der Impfungen ignoriert hätten.

"Im neuen Berufsverband könnten sich bundesweit die Ärzte aller Fachrichtungen vereinen (...), die eine freie Impfscheidung, die Abschaffung der institutsbezogenen Impfpflicht, und eine echte evidenzbasierte Aufklärung der Bevölkerung über die hohen Risiken der genetisch manipulierenden mRNA- und Vektor-Technologien wollen."

Zu den weiteren Zielen des "Hippokratischen Eids" zählten unter anderem:

- das Zurückdrängen der Kommerzialisierung der Medizin ...
- die Einführung unabhängiger Studienkontrollen
- Offenlegung und Beendigung der Lobbyzusammenhänge wichtiger Gesundheitspolitiker
- Ärztliche Therapiefreiheit wie auch die Wahlfreiheit und Entscheidungsfreiheit der Patienten
- Humanere, Ursachen berücksichtigende, und evidenzbasierte Medizin nach Sackett, in der sowohl das Studienwissen als auch die ärztliche Erfahrung (Expertise) und die Präferenz des Patienten wichtig sind.
- Stärkere Berücksichtigung der nebenwirkungsarmen und Selbstheilungskräfte stärkenden Therapieansätze der Ganzheitsmedizin
- Faire aufwandsentsprechende Vergütung unabhängig von der Behandlungsmethode
- Abkehr von fallzahlorientierten Abrechnungssystemen, Budgetierungen und Regelleistungsvolumina oder Fallpauschalen.

Bereits in Planung sind laut Aufruf auch die Gründung ähnlicher Fachverbände für Zahnärzte, Psychotherapeuten, Heilpraktiker, Hebammen und andere medizinische Berufe, die sich auch in einem Dachverband zusammenschließen könnten.

21:25 de.rt.com: **Deutschland und die Niederlande liefern weitere Panzerhaubitzen an die Ukraine**

Deutschland und die Niederlande werden der Ukraine zusammen sechs weitere Exemplare der Panzerhaubitze 2000 liefern. Das [meldeten](#) Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) und ihre niederländische Amtskollegin Kasja Ollongren am Dienstag am Rande des NATO-Gipfels in Madrid. Jedes der beiden Länder werde jeweils drei Panzerhaubitzen liefern. Laut Lambrecht ist dies "die absolute Grenze dessen, was verantwortbar ist".

Zusammen mit den neuen Waffen wird Kiew insgesamt 18 Panzerhaubitzen erhalten, was nach Angaben der Zeit für ein komplettes Artilleriebataillon ausreiche. Zuvor hatte Deutschland der Ukraine auch Lieferungen von Mehrfachraketenwerfern zugesagt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bb4d18b480cc769441d89a.jpg>

Eine Panzerhaubitze 2000 der Bundeswehr

22:00 de.rt.com: **LVR nennt Anzahl der seit 2014 getöteten Zivilisten**

Seit Beginn der ukrainischen Aggression gegen den Donbass im Jahr 2014 beträgt die Anzahl der getöteten Zivilisten in der Volksrepublik Lugansk (LVR) 2.104 Personen, darunter 42 Kinder. Dies teilte am heutigen Dienstag die Ombudsfrau der Republik Wiktorija Serdjukowa über Telegram mit. Weitere 2.012 Personen, darunter 122 Kinder, hatten seit 2014 Verletzungen erlitten.

Seit Beginn des russischen Militäreinsatzes am 24. Februar starben bis zum 26. Juni 106 Zivilisten in der LVR durch ukrainische Angriffe, darunter sieben Kinder. Außerdem wurden 683 Personen verletzt, darunter 27 Kinder.

22:30 de.rt.com: **Zwölf ausländische Söldner bei Lissitschansk festgenommen**

Der Assistent des Innenministers der Lugansker Volksrepublik, Witali Kiseljow, hat die Festnahme von mehreren ausländischen Söldnern in der Nähe von Lissitschansk bekannt gegeben. Er sagte der Nachrichtenagentur TASS:

"Nach meiner Kenntnis wurden zwölf Personen unterschiedlicher Nationalitäten aus verschiedenen Ländern bei Lissitschansk gefangen genommen. In nächster Zeit werde ich sagen können, aus welchen Ländern sie genau stammen. Sie kämpften auch in Rubeschnoje und in Sewerodonezk. In Lissitschansk wurden sie schließlich gefasst."

Kiseljow fügte hinzu, dass für ausländische Söldner der Status von Kriegsgefangenen nicht gelten werde. Sie werden einem Ermittlungsverfahren unterzogen.

22:42 de.rt.com: **Öffnung gegenüber dem Westen? Maduro lädt französische Erdöl- und Gas-Unternehmen nach Venezuela ein**

Angesichts der weltweit steigenden Brennstoffpreise lädt Venezuelas Präsident Nicolás Maduro französische Erdölunternehmen in sein Land ein. Der Politiker zeigt sich jederzeit bereit, sie im südamerikanischen Staat mit den weltweit größten Ölreserven willkommen zu heißen.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat an diesem Montag erklärt, dass sein Land alle Erdöl und Erdgas fördernden französischen Unternehmen bei sich erwarte. Der Politiker verwies darauf, dass sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron am Rande des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern dafür plädiert habe, das südamerikanische Land und Iran in den Erdölmarkt wiederinzugliedern. Obwohl Venezuela zuvor mit Sanktionen belegt worden sei, sei das Land für alle französischen Firmen offen, die im Land Erdöl und Erdgas fördern möchten. Nach eigenen Worten würde Maduro Macron in Bezug auf die französischen Energie-Unternehmen gerne Folgendes sagen:

"Willkommen zu jedem Zeitpunkt, wenn sie wollen. Der Weg ist gebahnt. Wir sind fertig, vorbereitet und bereit schnell zu machen."

Am selben Tag berichtete die französische Zeitung Le Parisien unter Berufung auf Quellen im Élysée-Palast, dass sich Frankreich dafür einsetze, Venezuela und Iran in den Erdölmarkt wiederinzugliedern. Darüber hinaus habe Paris von Erdöl fördernden Ländern gefordert, ihre Produktion "außergewöhnlich" aufzustocken.

Gespräche mit den USA

In seiner Rede am Montag erwähnte Maduro außerdem, dass eine US-Delegation zu Gesprächen in Caracas eingetroffen sei. Der Politiker bezeichnete dies als wichtig. In Bezug auf das Ziel der Reise sagte der Präsident, dass die US-Regierung somit die am 5. März begonnenen Verhandlungen im Rahmen der bilateralen Agenda fortsetzen wolle.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums teilte nach Angaben der Associated Press mit, dass das Augenmerk des Besuchs der Sicherheit mehrerer US-Bürger gelte, die in Caracas inhaftiert seien. Die Delegation bestehe unter anderem aus dem US- Sondergesandten für Geiselanliegen Roger Carstens und US-Botschafter James Story.

Mitte Mai hatte die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez bestätigt, dass Washington trotz seiner langjährigen Sanktionen gegen Caracas US-amerikanische und europäische Erdölunternehmen berechtigt hatte, mit dem Land zu handeln und ihre Operationen dort wiederaufzunehmen. Rodríguez brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass diese Entscheidung der USA den Weg für die völlige Aufhebung der illegalen Sanktionen gegen Venezuela ebnen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bb126848fbef30eb0b2433.jpg>

22:55 de.rt.com: **Bericht: EU wird über drei Jahre für Kompensation von vollständigen Verzicht auf russisches Gas benötigen**

Die Europäische Union wird mehr als drei Jahre benötigen, um einen vollständigen Verzicht auf russische Gaslieferungen zu kompensieren und muss dabei mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen rechnen. Dies geht aus einem Bericht der Ratingagentur Fitch hervor. Die Nachrichtenagentur RBC zitiert den Bericht wie folgt:

"Die Region wird mit einem bedeutenden makroökonomischen Schock konfrontiert. In vielen Fällen wird dies negatives Wachstum und höhere Inflation umfassen. In der Regel haben Energieträger einen höheren Anteil am Warenkorb in Ländern des zentralen und östlichen Europas, als in westeuropäischen Ländern."

Besonders betroffen wären laut Fitch die Slowakei, Tschechien und Ungarn. In diesen Ländern sei die Abhängigkeit vom russischen Gas am größten.

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Russlands UN-Botschafter: Sonderoperation wird fortgesetzt, bis Ziele erreicht sind**

Die Sonderoperation in der Ukraine werde so lange fortgesetzt, bis ihre Ziele erreicht seien. Das verkündete der Erste Stellvertretende russische Botschafter bei den Vereinten Nationen Dmitri Poljanski auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Er [erklärte](#):

"Wir haben eine militärische Sonderoperation eingeleitet, um den Beschuss des Donbass durch die Ukraine zu stoppen. Und um dafür zu sorgen, dass vom Territorium dieses Landes, das auf Betreiben mehrerer westlicher Länder und seiner nationalistischen Führung in ein russlandfeindliches Land verwandelt wurde, keine Bedrohung mehr für Russland und die Bewohner des Südens und Südostens der Ukraine ausgeht. Und bis diese Ziele erreicht sind, werden wir unsere Arbeit fortsetzen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bbd79548fbef5dd124687a.jpg>

8:00 (7:00) novorosinform.org: **Das linke Ufer des Sewerskij Donez wurde von ukrainischen Kämpfern gesäubert**

Der russischen Koalition gelang es, die Überreste der Streitkräfte der Ukraine vom linken Ufer des Flusses Sewerskij Donez zu vertreiben und die Erstürmung von Lisichansk in Angriff zu nehmen.

Die alliierten Truppen hätten Borowskoje in der Region Lisichansk bereits befreit und viele westliche und ukrainische Waffen erbeutet. Das berichtete der Telegram-Kanal „Operation Z: Militärkorrespondenten des Russischen Frühlings“.

Die Koalition der Streitkräfte Russlands und der LVR setze die Offensive im Bereich von Woltschejarowka und Werchnekamenka fort.

Früher wurde berichtet, dass in Richtung Lisichansk bereits eine aktive Angriffsphase begann, als in einer Ölraffinerie ein Feuer ausbrach.



https://novorosinform.org/content/images/78/00/47800_720x405.jpg

7:35 de.rt.com: **Ukrainische Sabotageeinheit in Cherson aufgedeckt**

Russische Strafverfolgungsbehörden haben eine Sabotagegruppe ukrainischer Terroristen im Gebiet Cherson festgenommen, zu deren Arsenal neben Handfeuerwaffen auch tragbare Flugabwehrsysteme Igla, Panzerabwehrminen und tragbare Panzerabwehrgranatwerfer gehörten. Das berichtet ein Korrespondent von RIA Nowosti.

Russischen Spezialeinheiten aus Krasnodar, die in Cherson tätig sind, gelang es, alle Mitglieder der ukrainischen Sabotagegruppe zu identifizieren und festzunehmen. Diese machen nun Aussagen über geplante Sabotageaktionen, deren Ziel unter anderem die Einsatzorte russischer Militärangehöriger und Vertreter der zivil-militärischen Verwaltung des

Gebietes gewesen sein sollten. Ein russischer Ordnungshüter teilte RIA Nowosti mit: "Bei gezielten Maßnahmen in Cherson entdeckten und beschlagnahmten russische Ordnungskräfte ein Versteck mit Waffen, Munition, Sprengstoff und Uniformen, die für zerstörerische und terroristische Aktionen vorgesehen waren."

8:05 de.rt.com: **Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes: Nachfrage nach inoffiziellen Geheimdienstinformationen gestiegen**

Für die russischen Geheimdienste sei der Bedarf an Kräften und Mitteln des inoffiziellen Geheimdienstwesens unter den gegenwärtigen Bedingungen um ein Vielfaches gestiegen, die Arbeit der Geheimdienstmitarbeiter werde nicht eine Sekunde lang unterbrochen. Das verkündete der Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes Sergei Naryschkin in einem Interview mit [RIA Nowosti](#).

"Das hundertjährige Bestehen des inoffiziellen Nachrichtenwesens fällt in eine sehr schwierige Zeit für Russland."

Naryschkin zufolge versuche man, wie in den fernen 1920er-Jahren, Russland vom Rest der Welt zu isolieren, es mit Sanktionen zu erdrosseln und seine Stärke ständig zu provozieren und zu testen.

Das inoffizielle Geheimdienstwesen stellt nachrichtendienstliche Tätigkeiten aus einer ungesetzlichen Position heraus, das heißt außerhalb anerkannter internationaler Normen und ohne erkennbare Verbindung zu ihrer Regierung dar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bbdcb1b480cc7208287d22.jpg>
g

8:35 de.rt.com: **Medienbericht: In Asow-Werk kämpften georgische, britische und armenische Söldner**

Georgische, britische und armenische Söldner hätten angeblich in der Chemiefabrik Asot in Sewerodonezk auf der Seite Kiews gekämpft. Das berichtete ein Kämpfer der tschetschenischen Spezialeinheit Achmat mit dem Rufnamen Maloj gegenüber [RIA Nowosti](#). Er erklärte:

"Es gab ein georgisches, ein englisches und ein armenisches Bataillon."

Alle diese Bataillone hätten in der Chemiefabrik aufseiten Kiews gekämpft.

Zuvor hatte das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow erklärt, das Industriegebiet von Sewerodonezk und der Flughafen seien vollständig befreit worden.

9:49 (8:49) [novorosinform.org](#): **Nationalisten aus Asowstal werden nicht ausgetauscht -**

Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation

Die Kämpfer des Asow-Regiments, die sich ergeben haben und sich in den Bunkern des Asowstal-Werks befanden, unterliegen keinem Austausch. Dies erklärte der Leiter des Untersuchungsausschusses Russlands Alexander Bastrykin.

"Wir haben entschieden, sie nicht auszutauschen, wir waren uns einig, wo sie hingehören.

Sonst dächten sie: 'Wir werden uns unseren Familien zurückkehren.' Nein, in vorübergehende Hafteinrichtungen, in ein Untersuchungsgefängnis", sagte er.

Laut Bastrykin werden derzeit die Fälle von 2.000 solcher Militärs geprüft.

„Wir arbeiten umfassend und gründlich mit ihnen zusammen“, sagte der Leiter des Untersuchungsausschusses.

Zuvor sprach der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin über die Ablehnung des Austauschs von Mitgliedern des Asowschen Nationalbataillons. Ihm zufolge sollte jedes seiner Mitglieder vor Gericht gestellt werden, denn dies sei eines der Ziele der Spezialoperation.

9:00 Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 29.06.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

39 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

5 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zum ersten Mal ein amerikanisches Mehrfachraketenwerfersystem M142 HIMARS gegen Perewalsk eingesetzt sowie 16 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Popasnaja abgefeuert.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe für Einwohner der befreiten Territorien der Republik.

So haben gestern Freiwillige der humanitären Organisation „Tyl-22“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR Medikamente an das Krankenhaus von Sewerodonezk geliefert.

Außerdem haben Freiwillige der Volksfront humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Gorskoje und Solotoje geliefert.

10:12 (9:12) novorosinform.org: Minsk hat das Embargo für die Einfuhr von Produkten aus unfreundlichen Ländern verlängert

Die belarussischen Behörden haben das Einfuhrverbot für Lebensmittel aus unfreundlichen Ländern bis Ende des Jahres verlängert. Wie in der Entschließung angegeben ist, tritt der neue Beschluss am 30. Juni in Kraft.

Gleichzeitig werden die Sanktionen leicht abgeschwächt. So dürfen belarussische Importeure in den nächsten sechs Monaten Kirschen, Süßkirschen, Aprikosen, Pflaumen, Nektarinen und Kakis aus unfreundlichen Ländern importieren.

18 Arten von Lebensmitteln bleiben unter dem Verbot, darunter Rindfleisch, Wurst, Schweinefleisch, Milch (außer laktosefreier), Nüsse, Süßwaren, Obst und Gemüse.

Zu den Ländern, die unter die Beschränkungen fallen, gehören die Vereinigten Staaten, Kanada, Norwegen, Nordmazedonien, die Schweiz und Serbien.

9:25 de.rt.com: **DVR-Gericht: Britischer Söldner Pinner legt Berufung gegen Todesurteil ein**

Das Oberste Gericht der Volksrepublik Donezk hat die Berufung der Anwältin des britischen Staatsangehörigen Shaun Pinner erhalten, der wegen seiner Teilnahme an Kampfhandlungen als Söldner im Bestand ukrainischer bewaffneter Verbände zum Tode verurteilt worden war. Wie die Justiz der DVR gegenüber TASS präzisierte, wird der Einspruch innerhalb von zwei Monaten nach der Übermittlung an die Instanz überprüft werden.

Wie zuvor berichtet, hatte Pinner's Anwältin Julija Zerkownikowa im Interesse des Briten dessen Todesstrafe angefochten und das Gericht aufgefordert, das Urteil auf lebenslange Haft zu mildern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bbe2f748fbef5dd1246880.jpg>

Shaun Pinner bei der Gerichtsanhörung am 9. Juni 2022 in Donezk

9:31 Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 280 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152mm und 122mm sowie 82mm- und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **4 Zivilisten verletzt**. 28 Wohnhäuser, 3 Fahrzeuge und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Schützenpanzerwagen, ein Panzerfahrzeug und ein Feldmunitionslager. 4 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

9:50 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Neue antirussische US-Sanktionen verletzen Spielregeln für alle Volkswirtschaften**

Die neuen restriktiven Maßnahmen der USA gegen Russland, die unter anderem den Goldumsatz und die Industrieexporte betreffen, verletzen die bestehenden Spielregeln für alle Volkswirtschaften. Darauf wies der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow in Bezug auf das neue Paket antirussischer Sanktionen hin. Er [erklärte](#):

"Die Märkte sehen, dass die Aktionen der US-Behörden unvorhersehbar sind und Chaos und Panik verursachen."

"Die heimische Industrie spielt eine wesentliche Rolle in der Weltwirtschaft. Neue Hemmnisse, einschließlich derjenigen, die den Umsatz von Gold- und Industrieexporten betreffen, verstoßen gegen die für alle Volkswirtschaften geltenden Spielregeln."

Antonow zufolge "hat der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland durch die USA und ihre Verbündeten die Krisenphänomene in der Weltwirtschaft bis zum Äußersten verschärft". Er fügte hinzu:

"Ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, die Zerstörung von Transport- und Logistikketten, eine Verlangsamung der Investitionsströme, Probleme auf dem Arbeitsmarkt, ein Sinken der Realeinkommen der Unternehmen und der Bevölkerung sind überall zu beobachten."

Gleichzeitig, so betonte der Botschafter, leiden die USA selbst unter den antirussischen Beschränkungen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bbe4cf48fbef55bd30af91.jpg>

10:15 de.rt.com: **Gebiet Cherson beginnt mit Vorbereitungen für das Referendum über den Beitritt zu Russland**

Die Behörden des Gebietes Cherson haben mit den Vorbereitungen für ein Referendum begonnen, in dem über den Beitritt zu Russland entschieden werden soll. Das teilte der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes, Kirill Stremousow, in einem auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichten Video mit. Er sagte:

"Ja, wir bereiten uns auf das Referendum vor und wir werden es durchführen. Das Gebiet Cherson wird die Entscheidung fällen, sich der Russischen Föderation anzuschließen und ein vollwertiges Subjekt zu werden."

10:32 de.rt.com: **Antirussische Sanktionen: Diese Branchen bekommen bei russischem Gasstopp massive Probleme**

Die antirussischen Sanktionen des Westens stürzen vor allem den ehemaligen Exportweltmeister Deutschland ins wirtschaftliche Chaos. Während Russland für Öl und Gas Großabnehmer in Asien gefunden hat, sind in Deutschland zahlreiche Branchen von der Gasknappheit bedroht.

Weil Russland sein Öl und Gas infolge der antirussischen Sanktionen im größeren Maße vor allem nach China und Indien verkauft und auf Lieferungen nach Europa immer weniger angewiesen ist, stöhnen insbesondere die EU-Länder über das Fehlen dieser bis vor Kurzem günstigen und zahlreich vorhandenen industriellen Lebenselixiere. Laut einem Bericht des [Handelsblatts](#) vom Dienstag sind davon besonders zahlreiche Branchen in Deutschland betroffen – auch solche, die man auf den ersten Blick nicht direkt darunter vermuten würde. Aufgrund der Sanktionen, die Wartungsarbeiten der Firma Siemens bei Nord Stream 1

[behindern](#), fließt beispielsweise nur noch knapp die Hälfte der Vorkriegsgasmenge durch die Pipeline.

Vor allem die Chemie- und Stahlindustrie träre das wie bereits bekannt hart. Doch eine Untersuchung des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Marktforscher von Calculus Consult, die dem Handelsblatt vorliegt, kommt zu dem Ergebnis: Noch viel mehr Branchen sind auf russisches Gas angewiesen. Sie würden durch einen weiteren Lieferstopp stark eingeschränkt.

Die Studie zeigen auf, wie groß der Gasanteil am gesamten Energieverbrauch der jeweiligen Branche ist. Konkret: Wie viel Gas aus Russland und den umliegenden Ländern setzen die Unternehmen einer Branche ein.

Chemie:

Besonders betroffen ist die Chemiebranche, die in Deutschland eines der wirtschaftlichen Flaggschiffe ist. Für die mehr als 2.000 Chemie-Unternehmen in Deutschland ist Gas einer der wichtigsten Energieträger, aber auch Grundstoff für viele Produkte, zum Beispiel für die Basischemikalie Ammoniak.

Die 2,5 Millionen Tonnen Ammoniak, die jedes Jahr aus Gas und Wasserstoff hergestellt werden, sind Ausgangsstoff für Düngemittel oder medizinischen Produkte. Der russische Gasanteil am Energieverbrauch beträgt hier 17,3 Prozent.

Getränkeindustrie:

Etwa 25 Prozent der in der Getränkeindustrie eingesetzten Energie ist Gas aus Russland beziehungsweise dem russischen Umland – und nimmt damit den Spitzenwert der Studie ein. Holger Eichele, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauer-Bundes, gibt sich besorgt: "Ein Lieferstopp hätte dramatische Auswirkungen für die gesamte Getränkeindustrie – auch indirekt."

Zum Teil gibt es im Handel bereits jetzt Lieferengpässe bei bestimmten Biersorten. Doch nicht nur Getränkehersteller seien etwa mit Braukesseln und sonstigen energieintensiven Abläufen in der Produktion in hohem Maße von Importgas abhängig. Es beginne schon bei Vorlieferanten, etwa Mälzereien oder den Produzenten für Glas, Dosen, Kartonagen und anderen Verpackungen. Gerade Glasflaschen sind jetzt schon Mangelware.

Papier/Pappe/Druckerzeugnisse:

Ein möglicher Lieferstopp für russisches Erdgas wegen der Sanktionen könnte nach Branchenangaben die Papierherstellung erheblich beeinträchtigen. Alexander von Reibnitz, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands "Die Papierindustrie", meinte dazu: "Ein Gasembargo würde für die Papierindustrie praktisch einen flächendeckenden Produktionsstopp bedeuten."

Besonders Lebensmittel- und Medikamentenverpackungen wären davon betroffen, aber auch Hygienepapiere für Medizin, Pflege und für zu Hause, Spezialpapiere wie Filter und Messstreifen sowie Druckpapier für Zeitungen, Zeitschriften, Kataloge oder Prospekte. Auch bei der Erstellung und Duplizierung von Printmedien geht es vor allem um für die Herstellung nötige Prozesswärme, hier stammt fast 20 Prozent der benötigten Energiemenge aus Russland. Im laufenden Jahr hat die Branche die Preise für ihre Produkte bereits teilweise bis zu 20 Prozent erhöht.

Pharmazeutische Erzeugnisse:

Ein Stopp der Lieferung von Gas an die Pharmaindustrie in Deutschland könne die Produktion lebenswichtiger Medikamente gefährden, warnen Branchenvertreter. Auch das angespannte Verhältnis zu China trage dazu bei. Sowohl DAX-Unternehmen wie BASF als auch Mittelständler aus der Branche sind zum Teil deutlich auf Energieträger aus Russland angewiesen, sowohl in der eigenen Herstellung als auch mit Fokus auf chemische Vorprodukte. Auch hier beträgt der Anteil der russischen Energie etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bb1a7a48fbef2bde3a0522.jpg>
 Papierfabrik Leipa Georg Leinfelder GmbH im brandenburgischen Schwedt

10:37 de.rt.com: **Vergleich nicht zugunsten von G7: China hinterfragt westliche Sicht auf internationale Gemeinschaft**

Am letzten Tag des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern hat das chinesische Außenministerium die Gruppe der Sieben mit den BRICS-Staaten verglichen. In Bezug auf die Bevölkerungszahlen fällt die Gegenüberstellung nicht zugunsten der westlichen Gruppe aus.

Zhao Lijian der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, hat am letzten Tag des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern einen Tweet veröffentlicht, in dem er die Bevölkerungszahlen der Gruppe der Sieben mit denen der BRICS-Staaten [verglich](#). Laut diesen Statistiken leben in den USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan insgesamt 777 Millionen Menschen, während China, Indien, Russland, Brasilien und Südafrika 3,2 Milliarden Bürger zählen.

Zhao versah das Bild mit der folgenden Beschreibung:

"Wenn sie also nächstes Mal von der "internationalen Gemeinschaft" sprechen, dann wisst ihr, was sie meinen ..."



<https://pbs.twimg.com/media/FWWLY-VaAAIesXk?format=jpg&name=small>

Zuvor hatten die G7-Staats- und Regierungschefs am Dienstag ihre Beratungen im bayerischen Schloss Elmau beendet. Es gab mehr als ein halbes Dutzend Arbeitssitzungen und zahlreiche bilaterale Gespräche. Die G7-Länder verständigten sich auf weitere finanzielle, militärische, humanitäre und diplomatische Unterstützung für die Ukraine. Zudem kündigten sie neue Sanktionen gegen Russland an, unter anderem gegen dessen Rüstungsindustrie.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc04abb480cc7208287d40.jpg>

10:40 de.rt.com: **Ukrainische Drohne bei Kursk abgeschossen**

Eine ukrainische Drohne soll im Gebiet Kursk abgeschossen worden sein. Vorläufigen Berichten zufolge sei niemand verletzt worden, teilte der Gouverneur des Gebietes Roman Starowoit auf seinem Telegram-Kanal mit. Als er die Fotos des abgeschossenen Flugobjekts [veröffentlichte](#), schrieb er:

"Ich veröffentliche hier Bilder der Drohne, die wir gestern Abend abgeschossen haben. Eine ukrainische Tu-141 Strisch aus der Sowjetzeit drang in unseren Luftraum ein. Die Untersuchungskommission arbeitet an der Stelle des Wracks."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ZasQE6vUnETon9E0vvCTOoozClei-ExE26gZ3mdo-QN-0FAH4Oql8m8vN0lsHjYMrJ06JxVvy_-gylzUxDHeYB4B6TpbuGwIVKxakA4KzwzRJYZqxEdoVikvzpUyjc353pYOREGaydZnrwrVaxG1xWwZjvcqtmNji7iAqKrJ84jjkJJcAUpiwlj0ALlGfK_oWVTQZyQzrUvqw1J4V0rXqNz8XESgQSJpPgHrJ1kEoEBE-6aKZmUU5WsgURt7JB861CnBGHwmCm_aplkeyEHYP8FEcWc2EjFmZOBZ6R0mRu5BIYS216LLiST5-aOOOtH58smv6m0LIEbAQQQKHjVrLQ.jpg

11:05 de.rt.com: **Selenskij droht russischen Journalisten mit Vergeltung**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat Strafmaßnahmen gegen die Mitarbeiter russischer Medien angekündigt, die das Vorgehen der russischen Streitkräfte im Laufe der militärischen Sonderoperation auf ukrainischem Gebiet unterstützen. In einer abendlichen Videoansprache, die das Büro des ukrainischen Präsidenten am Dienstag veröffentlichte, schilderte Selenskij seine jüngste Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, in der er die Einrichtung eines Tribunals zur Untersuchung der Handlungen russischer Militärs in der Ukraine gefordert hatte. Der Staatschef sagte ferner:

"Insbesondere möchte ich auf die Verantwortung jener russischen Propagandisten hinweisen, die über diesen Terror lügen und versuchen, die Aktionen der russischen Armee zu rechtfertigen. Jeder von euch wird auch bestraft werden."

Welche Schritte man genau gegen die russischen Medienschaffenden einzuleiten gedenkt, präzisierte Selenskij zunächst nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bbf053b480cc133a31d159.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij bei einem Treffen mit ukrainischen Militärs im Gebiet Nikolajew, 18. Juni 2022

11:30 de.rt.com: **LVR-Botschafter: Ungefähr ein Drittel der ukrainischen Kämpfer hat sich in den Vororten von Lissitschansk ergeben**

Rund ein Drittel der ukrainischen Kämpfer soll sich bereits in der Nähe eines Vorortes von Lissitschansk in der Lugansker Volksrepublik (LVR) ergeben haben. Dies erklärte Rodion Miroshnik, der Botschafter der LVR in Russland, am Mittwoch dem Sender Solowjow.Live. Er sagte:

"In den Vororten von Lissitschansk finden nach neuesten Angaben aktive Kämpfe statt, die sehr blutig verlaufen und bei denen es eine große Zahl von Opfern gibt.

"Ich habe leider noch keine Zahlen, aber es gibt bereits Meldungen, dass sich eine ganze Reihe von Kämpfern ergeben hat. Ungefähr ein Drittel hat sich ergeben, zwei Drittel sind gefallen."

"Wenn nun die Operation bei Lissitschansk abgeschlossen ist und die ukrainischen Streitkräfte in Richtung Sewersk abrücken, wird dies das Ende der Befreiungsoperation der LVR sein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bbefa0b480cc68ba661c69.jpg>

Eine Rauchsäule steigt aus einem Industriegebiet außerhalb von Lissitschansk, LVR, auf

11:55 de.rt.com: **Scholz weicht kritischer Frage einer Journalistin über Sicherheitsgarantien für die Ukraine aus**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat für Verwunderung und Kritik bei Journalisten und Nutzern in den sozialen Medien gesorgt, indem er bei der Abschlusspressekonferenz des G7-Gipfels im bayrischen Elmau der [Frage](#) einer Reporterin der Deutschen Welle über die von Deutschland versprochenen Sicherheitsgarantien für die Ukraine ausgewichen ist. Als Scholz von ihr am Dienstag darauf angesprochen wurde, ob er diese konkretisieren könne, entgegnete er überraschend wortkarg:

"Ja, könnte ich."

Die knappe Antwort wurde von einem Grinsen und leisen Lachen des Kanzlers begleitet. Nach einer langen Pause, die Scholz daraufhin einlegte, schloss er seine Stellungnahme wie folgt ab:

"Das war's."

Noch zu Beginn der Rede verurteilte der Bundeskanzler die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine aufs Schärfste und unterstrich die Entschlossenheit der G7-Staaten, der russischen Aggression gemeinsam entgegenzutreten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bc0eb048fbef13fb52e614.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz am Abschlusstag des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern, 28. Juni 2022

12:56 (11:56) novorosinform.org: **Die Ukraine hat während der Sonderoperation 50.000 Soldaten verloren – Sladkow**

Der Militärkorrespondent Alexander Sladkow schätzte den Verlust an Personal der Streitkräfte der Ukraine auf 50.000 Menschen oder 143 Bataillone.

Er teilte seine Daten in seinem persönlichen Telegram-Kanal in Bildunterschriften eines Videos von Positionen, die von ukrainischen Kämpfern im Donbass verlassen wurden. An diesen Orten ließen die Streitkräfte der Ukraine auf der Flucht die Leichen ihrer Kameraden zurück, was Sladkow als "moralischen Verfall der Streitkräfte der Ukraine" bezeichnete. Auf den Aufnahmen spricht der Korrespondent auch über das "unmoralische Durcheinander" in den Reihen der ukrainischen Armee, wo niemand Aufzeichnungen über die toten Soldaten führt. Er kommt zu dem Schluss, dass ukrainische Nationalisten nur darüber nachdachten, wie sie schneller entkommen und sich vor dem Angriff russischer Truppen verstecken können. "Dies ist typisch für sich zurückziehende, moralisch zersetzte Einheiten. Für die Streitkräfte der Ukraine wird es noch trauriger werden, eine Tragödie erwartet sie", schloss Sladkow.



https://novorosinform.org/content/images/78/34/47834_720x405.jpg

nachmittags:

12:16 de.rt.com: **Westen will russische Lebensmittelexporte nicht sanktionieren**

Russlands Lebensmittelexporte seien wichtig für die weltweite Ernährungssicherheit, daher würden die G7 sie nicht sanktionieren. Dass die Sanktionen aber den Geldfluss behindern und damit Exporte verhindern, wird ausgeblendet.

Die Gruppe der Sieben (G7) hat angekündigt, dass ihre Mitglieder nicht beabsichtigen, Sanktionen über Lebensmittel und Agrarprodukte aus Russland zu verhängen. Man werde sich um die weltweite Ernährungssicherheit kümmern. Aus einer gemeinsamen Erklärung vom Dienstag geht hervor:

"Wir werden weiterhin sicherstellen, dass unsere Sanktionspakete nicht auf Lebensmittel abzielen und den freien Fluss von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, auch aus Russland, sowie die Lieferung humanitärer Hilfe ermöglichen."

Nach Angaben der G7, die sich auf Schätzungen der Vereinten Nationen berufen, werden in diesem Jahr weltweit bis zu 323 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen oder stark gefährdet sein, was einen neuen Höchststand bedeuten würde. Die Gruppe hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2030 500 Millionen Menschen von Hunger und Unterernährung zu befreien.

Außerdem bestreitet man, dass die antirussischen Sanktionen zu der weltweiten Nahrungsmittelkrise beitragen. Westliche Staaten haben Russland vorgeworfen, die Ernährungsunsicherheit durch den Konflikt in der Ukraine zu verschärfen. Moskau hat diese Behauptungen jedoch zurückgewiesen und darauf bestanden, dass die wahre Ursache der weltweiten Nahrungsmittelkrise "politisch motivierte" westliche Sanktionen sind, die den Handel durch ihre finanziellen Blockaden behindern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc2112b480cc738834cf4e.jpg>

13:19 (12:19) novorosinform.org: **Russische Truppen haben ein Ausbildungszentrum für ausländische Söldner in der Nähe von Nikolajew liquidiert**

Mit Hilfe der Luftwaffe zerstörten russische Militäranghörige die Ausbildungsbasis für ausländische Söldner in der Ukraine in der Nähe von Nikolajew, berichtet das russische Verteidigungsministerium.

Ein Angriff von hochpräzisen Raketen zerstörte auch vier Kommandoposten der ukrainischen Territorialverteidigungsbataillone Charkow-1 und Charkow-2 in der Nähe von Charkow. Der Bericht der Behörde enthält außerdem Daten über die Zerstörung von Soldaten und militärischer Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine in 32 Bezirken, einer Reparaturbasis, acht Lagern mit Waffen und Munition sowie einem Treibstofflager.

Die Ukraine hat mehrere Flugzeuge durch die Wirkung der russischen Luftverteidigung verloren: Es wurden zwei Su-25 in den Regionen Charkow und Cherson sowie ein Hubschrauber Mi-8 in der Nähe von Nikolajew abgeschossen.



https://novorosinform.org/content/images/78/38/47838_720x405.jpg

12:20 de.rt.com: **Vizesprecher des russischen Föderationsrats wirft Norwegen Menschenrechtsverletzung vor**

Konstantin Kosatschew, der Vizesprecher des russischen Föderationsrats, hat Norwegen Verletzungen von Menschenrechten und internationalen Abkommen vorgeworfen. Er bezog sich dabei auf Oslos Weigerung, Lebensmittellieferungen für die in Barentsburg auf Spitzbergen tätige russische Bergarbeiter durchzulassen. Kosatschew schrieb auf seinem Telegramkanal:

"Mit ihrer willkürlichen Entscheidung versucht die Regierung Norwegens, russische Bergarbeiter ohne Lebensmittel dastehen zu lassen, was an sich schon unmoralisch ist. Das verletzt die Menschenrechte und Prinzipien des Humanismus."

Kosatschew wies außerdem auf den Spitzbergenvertrag aus dem Jahr 1920 hin, der den

Unterzeichnerstaaten gleichberechtigte wirtschaftliche Nutzung der Insel zusichert. Die UdSSR trat dem Vertrag im Jahr 1935 bei. Nach der Auflösung der Sowjetunion wurde Russland als deren Rechtsnachfolger zum Vertragsstaat.

Artikel 3 des Abkommens räumt allen Bürgern der Vertragsstaaten gleiche Rechte auf Arbeit, Handel und Schifffahrt im Gebiet der Insel ein. Die mit der Durchsetzung der antirussischen Sanktionen begründete Weigerung Norwegens, Lebensmittellieferungen nach Barentsburg durchzulassen, verletze diesen Artikel, so Kosatschew.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bc0db248fbef135e2e375e.jpg>

Russische Bergarbeitersiedlung in Barentsburg auf Spitzbergen

wpered.su: **Donezker Kommunisten geben weiter humanitäre Hilfe an Bedürftige aus** Vertreter der Bezirksorganisation der KP der DVR im Petrowskij-Bezirk, des Frauenverbands der Stadt Donezk, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass geben weiter humanitäre Hilfe an Bedürftige aus, berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Die Aktivisten übergeben Bedürftigen Lebensmittelpakete von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation.

Außerdem haben die Kommunisten gemeinsam mit Mitgliedern des Freiwilligenbewegung „Fallschirmspringer Russlands“ bei einem Besuch des Petrowskij-Bezirks von Donezk und von Alexandrowka Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen, Babywindeln und Medikamenten geleistet.

12:35 de.rt.com: **Oxfam wirft G7-Staaten Versagen im Kampf gegen Hungerkrise vor**

Die weltweit tätige Entwicklungsorganisation Oxfam hat die G7-Staaten für ihre mageren Zusagen zur Bekämpfung der weltweiten Nahrungsmittelkrise kritisiert. Die zugesagten Mittel der wichtigsten Industriestaaten der Welt seien laut Oxfam weit unter der benötigten Summe.

Die G7-Länder "lassen Millionen Menschen verhungern und bringen den Planeten zum Kochen", erklärte Max Lawson, Leiter der Abteilung Ungleichheitspolitik bei der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam. In einer am Dienstag veröffentlichten Mitteilung des Hilfsverbundes verurteilte er die gerade mal 4,5 Milliarden Dollar, die die Industrieländer zur Bekämpfung der schlimmsten Hungerkrise seit Jahrzehnten bei ihrem Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern zugesagt haben.

Lawson zufolge werden "mindestens 28,5 Milliarden Dollar mehr" benötigt, um etwa "Investitionen in Nahrungsmittel und Landwirtschaft zu finanzieren und den Hunger zu beenden". Die G7-Länder haben in diesem Jahr etwa 14 Milliarden Dollar zur Bekämpfung der weltweiten Ernährungsunsicherheit zugesagt, einschließlich des am Dienstag zugesagten Betrags.

Es ist jedoch nicht klar, wie viel von diesem Geld bisher tatsächlich an die vorgesehenen Empfänger verteilt wurde. Obwohl der US-Kongress im vergangenen Monat ein umfangreiches Waffen- und Hilfspaket für die Ukraine verabschiedet hat, das 5 Milliarden US-Dollar für die "Bekämpfung des weltweiten Hungers" vorsieht, wurde laut der Online-Plattform Politico bis zum vergangenen Wochenende noch nichts von dem Betrag für den Kampf gegen den Hunger ausgezahlt.

Da selbst die wohlhabenden G7-Staaten nach zwei Jahren COVID-19-Pandemie und den Lockdowns mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, regte der Oxfam-Vertreter an, dass es auch andere Möglichkeiten gäbe, den Hunger unter den Schwächsten der Welt zu bekämpfen. So könnten die reichen Staaten "den armen Ländern die Schulden erlassen" oder die "übermäßigen Gewinne der Lebensmittel- und Energiekonzerne besteuern", erklärte Lawson. Man könnte auch "Biokraftstoffe verbieten", bei denen Ernten, die für die Nahrungsmittelproduktion genutzt werden könnten, stattdessen für die Energieerzeugung verwendet werden, so der Oxfam-Vertreter. Er betonte:

"Vor allem aber hätten sie etwas gegen die wirtschaftliche Ungleichheit und den Klimawandel tun können, die diesen Hunger verursachen. All das haben sie nicht getan, obwohl sie die Macht dazu hatten."

Zudem stellte er fest, dass die Welt mit der schlimmsten Hungerkrise "seit einer Generation" konfrontiert sei, während gleichzeitig die Profite der Reichen in die Höhe schnellen.

"Die Unternehmensgewinne sind in der Zeit der COVID-19-Pandemie in die Höhe geschossen, und die Zahl der Milliardäre ist in 24 Monaten so stark gestiegen wie seit 23 Jahren nicht mehr."

Allein die Lebensmittelindustrie, so Lawson weiter, habe 62 neue Milliardäre hervorgebracht. Die Hungersnot bezeichnete er als "ein großes Geschäft".

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Program/WFP) hatte die G7-Staaten bereits letzte Woche aufgefordert, "jetzt zu handeln, sonst wird die Zahl der Hungersnöte weiter ansteigen und Millionen von Menschen vom Hungertod bedroht sein".

Die UN-Organisation erklärte zugleich, dass man einen Plan habe – "den ehrgeizigsten in der Geschichte des WFP". Für den benötige man 22,2 Milliarden Dollar, um "sowohl Leben zu retten als auch die Widerstandskraft von 152 Millionen Menschen im Jahr 2022 aufzubauen". Die sieben Industriestaaten selbst haben erklärt, dass 323 Millionen Menschen aufgrund der diesjährigen schweren Nahrungsmittelkrise am Rande des Hungertodes stehen, und dass im Jahr 2022 insgesamt 950 Millionen Menschen Hunger leiden könnten.

Während die G7-Staaten sehr zögerlich beim Öffnen ihrer Brieftaschen für die Bekämpfung des Hungers in der Welt sind, wurden der Ukraine Dutzende von Milliarden an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe zugesagt. Der Krieg hat die Weizenernte in der Ukraine unterbrochen, deren Ertrag normalerweise ein Fünftel des "hochwertigen" Weizens auf der Welt und sieben Prozent der gesamten Weizenernte ausmacht.

Verschärft wird die Versorgungskrise durch Rekorddürren auf dem gesamten Planeten, wobei Ostafrika besonders betroffen ist. Nach Schätzungen von Oxfam stirbt in Äthiopien, Kenia und Somalia, wo es die schlimmsten Dürren seit 70 Jahren gibt, alle 48 Sekunden ein Mensch an Hunger.

Als katastrophal gilt die Nahrungslage laut Experten auch in Nigeria, Jemen, dem Südsudan und Afghanistan.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc07ccb480cc706e12af36.jpg>

13:43 (12:43) novorosinform.org: **In der DVR begann der Wiederaufbau von Saur-Mogila**
Mehr als 50 Spezialisten rekonstruieren das Saur-Mogila-Denkmal, das 2014 von ukrainischen Militärs beschädigt wurde, berichtet „FAN“.

Es ist geplant, die „Allee des Ruhmes“ auf dem Territorium der Gedenkstätte abzubauen, um die [Pylone](#) „Ehre den Panzersoldaten“, „Ehre der Infanterie“, „Ehre den Schützen“ und „Ehre den Piloten“ wiederherzustellen.

"Es wird neue Pylone geben, modern, für die Jahre 2014-2022. Sie werden in Rostow am Don hergestellt, die Rekonstruktion eines der alten Pylone ebenfalls dort statt, wir werden drei weitere alte Pylone vor Ort restaurieren", zitiert [FAN](#) die Worte eines Vertreters des Baukomplexes des Verteidigungsministeriums der RF Albert Gibaddulin.

Derzeit bereiten 58 Spezialisten einen Standort für die Installation neuer Elemente der Gedenkstätte vor. Die Baustelle umfasst auch 12 Einheiten Technik und sechs Grabenfräsenbagger. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis zum 26. August abgeschlossen sein.



https://novorosinform.org/content/images/78/42/47842_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **Stoltenberg: Aufstockung der NATO-Eingreifkräfte bis 2023 geplant**

Eine von aktuell rund 40.000 auf 300.000 Soldaten verstärkte schnelle Einsatztruppe der NATO soll bereits im kommenden Jahr einsatzfähig sein. Dies teilte der Generalsekretär der Militärallianz Jens Stoltenberg am Mittwoch zum Auftakt des NATO-Gipfels in Madrid mit. Ihm zufolge werden die Eingreifkräfte in ihren eigenen Ländern stationiert, wobei sie bestimmten Staaten und Gebieten zugewiesen und verantwortlich für die Verteidigung dieser

Gebiete sein werden.

Außerdem offenbarte Stoltenberg Pläne, zur Verstärkung der NATO-Ostflanke eine Kampfbrigade für die Verteidigung des NATO-Partners Litauen zu stellen. Diese soll an gemeinsamen Übungen mit den heimischen Streitkräften teilnehmen und mit der benötigten schweren Ausrüstung und Treibstoff versorgt werden, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bc2744b480cc738834cf59.jpg>

13:56 (12:56) novorosinform.org: **Bastrykin schlug vor, ein internationales Tribunal für die Verbrechen des Kiewer Regimes zu schaffen**

Laut dem Chef des Untersuchungsausschusses könnte Russland helfen, ein Instrument für die Entwicklung einer multipolaren Welt zu schaffen.

Der Leiter des Untersuchungsausschusses Russlands, Alexander Bastrykin, hatte während seiner Rede auf der Sitzung „Frieden und Recht“ des Internationalen Rechtsforums von St. Petersburg die Idee, ein internationales Tribunal zur Untersuchung von Verbrechen zu schaffen, die vom Kiewer Regime auf dem Territorium des Donbass und in der Ukraine begangen wurden, berichtet TASS.

Laut Bastrykin könnten Vertreter von Organisationen der GUS, BRICS oder SCO an diesem Tribunal beteiligt sein.

„Das Tribunal sollte nicht nur russisch, sondern international sein, es sollte ein Tribunal von Verbündeten und Gleichgesinnten sein, was die Idee bestätigt, dass die Welt multipolar wird“, sagte der Leiter des Untersuchungsausschusses.

Gleichzeitig betonte Bastrykin, dass man in dieser Frage keine Zeit zu verlieren habe, da die westlichen Länder bereits daran arbeiteten, ein Tribunal gegen Russland zu schaffen, nämlich gegen die Teilnehmer der speziellen Militäroperation und Ermittler, die das Material der Verbrechen von Kiew untersuchen.

„Wir (Russland) haben die Erfahrung der Tribunale in Nürnberg, Tokio, Chabarowsk, Leningrad und Kiew“, fügte er hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/78/44/47844_720x405.jpg

13:04 de.rt.com: **Boris Johnson: "Wenn Putin eine Frau wäre, gäbe es den Krieg nicht"**

Der britische Premier Boris Johnson hält das Verhalten des russischen Präsidenten Wladimir Putin für ein "gutes Beispiel toxischer Männlichkeit". Derweil rüstet die NATO ihre Truppenstärke im Osten massiv auf. 300.000 Soldaten sollen im kommenden Jahr "einsatzfähig sein".

Der britische Premierminister Boris Johnson sagte in einem Interview mit dem ZDF, dass der russische Präsident Wladimir Putin "nicht in die Ukraine einmarschiert wäre, wenn er eine Frau wäre". Der Krieg sei ein "perfektes Beispiel für toxische Männlichkeit".

Johnson sagte gegenüber dem ZDF:

"Wenn Putin eine Frau wäre, was er offensichtlich nicht ist, dann glaube ich nicht, dass er einen verrückten, machohaften Krieg der Invasion und der Gewalt in der Art und Weise begonnen hätte, wie er es getan hat."

Der britische Premier ergänzte:

"Wenn Sie ein perfektes Beispiel für toxische Maskulinität suchen, dann ist es das, was er in der Ukraine tut."

Das Interview fand nach dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau statt, auf dem die westlichen Staats- und Regierungschefs beschlossen hatten, "die wirtschaftlichen und politischen Kosten" für Russland im Ukraine-Konflikt zu "erhöhen".

NATO will "schnelle Eingreiftruppe" massiv aufstocken

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte am Mittwoch auf dem NATO-Gipfel in Madrid angekündigt, dass die Allianz eine auf 300.000 Soldaten verstärkte "schnelle Eingreiftruppe" im kommenden Jahr einsatzfähig haben will.

Stoltenberg sagte:

"Sie werden in ihren eigenen Ländern stationiert, aber schon bestimmten Staaten und Gebieten zugewiesen und verantwortlich sein für die Verteidigung dieser Gebiete."

Die Details hingen von den einzelnen Staaten ab, die diese Kräfte stellen sollen, so Stoltenberg weiter. Er verwies dabei auch auf Deutschland und konkrete Pläne, eine Kampfbrigade für die Verteidigung des Nato-Partners Litauen zu stellen. Dies sei ein Beispiel für die Verstärkung der Ostflanke:

"Sie werden dort üben. Sie werden lernen, zusammen mit heimischen Streitkräften zu operieren. Und sie werden dort bereitstehende Ausrüstung, schwere Ausrüstung, Treibstoffvorräte und viele andere nötige Dinge für den Einsatz in dem bestimmten Gebiet haben."

Deutschland führt in der NATO bereits den NATO-Gefechtsverband (EFP), für den zunächst 600 Soldaten gestellt wurden. Nach der Eskalation in der Ukraine wurde eine Verstärkung mit

Artillerie und Luftabwehr aktiviert, so dass aktuell mehr als 1.000 deutsche Soldaten in Litauen sind. Für die geplante Kampfbrigade gibt es noch keine absolute Zahl. Üblicherweise sind solche Brigaden 3.000 bis 5.000 Soldaten stark. Deutschland könnte sich an den verstärkten Eingreifkräften der NATO mit 15.000 Soldaten beteiligen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc10a7b480cc68ba661c8e.jpg>

Der britische Premierminister Boris Johnson trifft am 28.06.2022 in Madrid zum NATO-Gipfel ein

13:09 de.rt.com: **Lawrow warnt den Westen vor den Folgen der Aufrüstung der Ukraine**

Solange der Westen die Ukraine "weiter mit Waffen vollpumpt", wird der Konflikt in dem Land weitergehen. Darauf wies der russische Außenminister hin. Je mehr Waffen geliefert werden, desto länger werde die Agonie durch das Neonazi-Regime dauern.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat den Westen gewarnt, dass die weitere Versorgung der Ukraine mit modernen Waffen den Konflikt in dem Land nur verlängern wird. Auf einer Pressekonferenz am Dienstag erklärte der erfahrene Diplomat, die Haltung des Westens gegenüber der Ukraine sei "absolut kontraproduktiv und schädlich".

Die Ukraine mit westlichen Waffen zu versorgen werde nur dazu führen, dass Russland "mehr Einsätze vor Ort durchführt", fügte er hinzu. Mit Blick auf Anschuldigungen ukrainischer und westlicher Politiker im Zusammenhang mit einem Einkaufszentrum in Kremenchuk, das angeblich am Montag von russischen Streitkräften beschossen wurde, erklärte er:

"Je mehr Waffen in die Ukraine gepumpt werden, desto länger wird dieser Konflikt andauern, desto länger wird die Agonie durch das Nazi-Regime, das von westlichen Hauptstädten unterstützt wird, andauern."

Lawrow verwies auf eine frühere Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums, wonach das Militär einen Hangar mit Waffen und Munition aus den USA und der EU beschossen habe. Die dadurch ausgelösten Detonationen hätten ein Einkaufszentrum in Brand gesetzt, das stillgelegt gewesen sei, betonte der russische Außenminister.

Kiew hat behauptet, dass sich rund 1.000 Menschen in dem Gebäude befanden. Eine Behauptung, die durch die verfügbaren Videobeweise nicht gestützt wird. Lawrow hob hervor:

"Ich sage das, um zu betonen, dass wir umso mehr Einsätze vor Ort durchführen werden, je länger Waffen geliefert werden, die den Konflikt und das Leiden der Zivilisten verlängern, die ständig unter dem Beschuss durch ukrainische Neonazis stehen."

Er fügte hinzu, dass "diese Missionen zu Ende geführt werden".

Sein Kommentar erfolgte zu dem Zeitpunkt, als sich die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten darauf geeinigt hatten, die Ukraine weiterhin militärisch und finanziell zu unterstützen, "so lange es nötig ist".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc0acc48fbef5dd12468a3.jpg>

13:10 de.rt.com: Ukrainische Truppen erleiden starke Verluste

Der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow hat bekanntgegeben, dass ukrainische Streitkräfte erhebliche Personalverluste erleiden würden. So soll das 108. Bataillon der 10. Bergsturmbrigade bei Lissitschansk beinahe vollständig aufgerieben worden sein. Nach Angaben der Gefangenen seien lediglich 30 Soldaten von 350 aus diesem Verband verblieben.

Konaschenkow zufolge leiden außerdem die bei Lissitschansk kämpfende ukrainische 115. Mechanisierte Brigade, die 79. Luftsturmbrigade und die 25. Luftlandebrigade unter kritischer Lebensmittelknappheit. Dies habe zu zahlreichen Desertionen geführt.

Nahe der Siedlung Pitomnik im Gebiet Charkow soll die russische Artillerie bis zu 100 Angehörige des neonazistischen Bataillons "Kraken" zusammen mit etwa zehn Fahrzeugen eliminiert haben. Danach habe das Bataillon seine Stellungen verlassen und sich nach Charkow zurückgezogen.

14:00 de.rt.com: Indonesischer Präsident zu Gesprächen mit Selenskij in Kiew eingetroffen

Der indonesische Präsident Joko Widodo stattet als erster asiatischer Staatschef seit Beginn des Ukraine-Krieges einen offiziellen Besuch in der Ukraine ab. Laut einer Mitteilung des indonesischen Präsidentenbüros in Jakarta traf Widodo zusammen mit seiner Frau am Mittwoch mit einem Sonderzug aus Polen in Kiew ein. Am Nachmittag soll sich das indonesische Staatsoberhaupt zu Gesprächen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij treffen. Geplant seien außerdem eine Reise in die Stadt Irpen sowie die Besichtigung mehrerer medizinischer Einrichtungen, hieß es.

Nach Angaben des Präsidentenbüros wurde der Ukraine im Laufe von Widodos Besuch "eine humanitäre Fracht überbracht". Es wird erwartet, dass der indonesische Präsident, dessen Land dieses Jahr den G20-Vorsitz hat, in Kiew die Möglichkeit einer Wiederaufnahme von Friedensgesprächen sowie die Aussichten auf die Öffnung von Korridoren für Getreideexporte aus der Ukraine erörtern wird.

Nach den Verhandlungen mit Selenskij wird Widodo im Rahmen seiner Auslandstour anschließend auch nach Moskau reisen, wo er am 30. Juni zu Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erwartet wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bc2ec048fbef2f836dac97.jpg>

Der indonesische Präsident Joko Widodo und seine Frau Iriana am Bahnhof Przemyśl in Polen vor der Abreise nach Kiew, 28. Juni 2022

14:25 de.rt.com: **Kreml reagiert auf Johnsons Vorwurf toxischer Maskulinität**

"Der gute alte Freud hätte zu seinen Lebzeiten von einem solchen Untersuchungsobjekt nur träumen können."

Mit diesen Worten reagierte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow auf die Behauptung des britischen Premierministers Boris Johnsons, der Konflikt in der Ukraine sei durch Putins "toxische Maskulinität" verursacht worden.

Am Dienstag hatte Großbritanniens Regierungschef in einem Interview an das ZDF erklärt, dass der Konflikt hätte vermieden werden können, "wenn Putin eine Frau wäre". Der russische Militäreinsatz sei angeblich nichts anderes, als ein perfektes Beispiel toxischer Maskulinität. "Man braucht einfach mehr Frauen in Machtpositionen", sagte Johnson.

14:49 de.rt.com: **NATO beschließt neues, gegen Russland gerichtetes "Strategisches Konzept"**

In dem neuen Grundsatzdokument der westlichen Militärallianz wird Russland als die größte Bedrohung für die Sicherheit der NATO festgeschrieben. Zudem wird erstmals die angebliche Herausforderung, die China für die Sicherheit der NATO-Staaten darstelle, erwähnt.

Die Vertreter der NATO-Staaten haben während ihres Gipfeltreffens in Madrid am Mittwoch ein neues Grundsatzdokument, das sogenannte "Strategische Konzept für die Allianz", angenommen, wie NATO auf ihrer Website mitteilte. In diesem Dokument werden die Prioritäten, Kernaufgaben und Herangehensweisen für das nächste Jahrzehnt aufgelistet. Das Konzept erklärt Russland zur "signifikantesten und direktesten" Bedrohung der Sicherheit der NATO-Staaten. Zudem wird das erste Mal China explizit erwähnt. Peking stelle, so das Dokument, eine Herausforderung für die Sicherheit, Interessen und Werte der NATO-Staaten dar.

In dem Dokument werden zudem Verteidigung und Abschreckung, Krisenprävention und -management sowie Sicherheitszusammenarbeit als drei Kernbereiche für die westliche Militärallianz festgelegt.

Erwähnt wird auch der Klimawandel, der eine "bestimmende Herausforderung unserer Zeit" sei.

Das Grundsatzdokument der NATO wird etwa einmal alle zehn Jahre erneuert und ist neben dem NATO-Vertrag das zweitwichtigste Dokument der Allianz. Die NATO-Website beschreibt die Rolle des "Strategischen Konzepts" folgendermaßen:

"Er bekräftigt die Werte des Bündnisses, liefert eine kollektive Einschätzung der sicherheitspolitischen Herausforderungen und dient als Leitfaden für die politischen und militärischen Aktivitäten des Bündnisses."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc4e1db480cc4deb61fdb9.jpeg>

14:50 de.rt.com: **Norwegen kündigt weitere Militärhilfe für die Ukraine an**

Norwegen wird unter britischer Vermittlung drei Mehrfachraketenwerfer-Systeme MLRS (Multiple Launch Rocket System) an die Ukraine liefern. Dies geht aus einer Presseerklärung auf der Webseite der Regierung in Oslo hervor.

Laut der Mitteilung werden die norwegischen Streitkräfte im Rahmen einer "umfassenden Aufrüstung ihres Arsenal" drei MLRS-Raketenwerfer an Großbritannien übergeben, das seinerseits im Gegenzug drei Artilleriesysteme desselben Typs an die Ukraine schicken wird. In der Erklärung wird der norwegische Verteidigungsminister Bjørn Arild Gram zitiert: "Wir müssen die Ukraine weiterhin unterstützen, damit sie ihren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit fortsetzen kann."

Außerdem wird Norwegen 5.000 weitere Stück Munition an die Ukraine liefern, zusätzlich zu den früher bereits gesendeten 5.000 Granaten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bc3eb1b480cc4e1c292717.jpg>

15:20 de.rt.com: **Mariupol: 160 ehemalige ukrainische Polizisten treten der Polizei der DVR bei**

Der Chef der Mariupoler Polizei Michail Moskwin hat der Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass fast alle ukrainischen Polizisten, die der Polizei der Donezker Volksrepublik beitreten wollten, angestellt wurden. Insgesamt handele es sich um 160 Personen. Moskwin

führte aus:

"Fast alle, die es wünschten, wurden angenommen, das sind 160 Personen. Sie haben die Sicherheitsprüfungen bestanden, aber es wird zusätzliche Prüfungen geben."

Im April hatte Moskwins erklärt, dass bei der Anstellung der neuen Polizisten nicht ihre politischen Ansichten, sondern persönliche und berufliche Kompetenzen ausschlaggebend sein würden. Damals hatten sich etwa hundert ehemalige ukrainische Polizisten zum Dienst in der Polizei der DVR bereit erklärt.

15:26 de.rt.com: **Russische Kulturministerin: "Cancel Culture" gegen Russland ist ein vorübergehender Trend**

Die russische Kulturministerin Olga Ljubimowa ist überzeugt, dass die Vorbehalte gegen die russische Kunst und Kultur im Westen vorübergehend sind. Das große Interesse an der Pariser Ausstellung von Kunstwerken aus der Sammlung Morosow sei ein Beweis dafür.

"Wir haben gesehen, wie die russische Kunst, das russische Kulturerbe und die russischen Kunstmäzene von denjenigen nun geehrt werden, die so schnell bereit waren, sie dem neuen Zeitgeist zuliebe aufzugeben. Deshalb verstehen wir, wie vorübergehend und flüchtig alles ist: Sowohl solche harten Äußerungen als auch solche Trends", sagte Ljubimowa bei der Eröffnung einer neuen Ausstellung der Morosow-Sammlung im Staatlichen Puschkin-Museum für Schöne Künste in Moskau, wie die Nachrichtenagentur TASS berichtet. Die Ausstellung "Bruder Iwan. Die Sammlungen von Michail und Iwan Morosow" mit Werken der europäischen und russischen Moderne aus den Sammlungen des Puschkin-Museums, der Staatlichen Eremitage und der Tretjakow-Galerie umfasst sowohl Stücke, die aus Frankreich nach Russland zurückgekehrt sind, als auch Werke, die noch nie ausgestellt worden waren.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax werden dem Kunstpublikum insgesamt 600 Exponate präsentiert – etwa 260 Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen, Kunsthandwerk, Bücher, Fotos und Archivmaterial. Eine Blockbuster-Ausstellung.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa erklärte am 27. Juni gegenüber Reportern:

"Dies ist wahrlich eine einmalige Veranstaltung, denn zum ersten Mal seit 100 Jahren werden 257 Werke aus dem Staatlichen Puschkin-Museum der Schönen Künste, der Staatlichen Tretjakow-Galerie und der Staatlichen Eremitage zusammengeführt und in diesem einzigartigen Ausstellungsformat den Besuchern des Puschkin-Museums vorgestellt."

The Art Newspaper betitelt die Ausstellung bereits als das wichtigste Kulturereignis des Jahres. Das Besondere an dem Projekt sei, dass die Schau die Sammlung von Morosow, deren Kunstwerke in den 1950er Jahren zwischen Moskau und Petersburg hin- und hergeschoben wurden, so vollständig wie möglich wiederherstellen würde.

Die Kunstwerke aus der Sammlung Morosows waren von Russland in dem Jahr 2021 für die französische Ausstellung "La Collection Morozov" bereitgestellt worden. Sie wurde am 21. September 2021 in der Fondation Louis Vuitton in Anwesenheit des französischen Präsidenten Emmanuel Macron eröffnet.

Nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine war die Rückkehr der Ausstellung in ihr Heimatland in Gefahr geraten. In den europäischen Medien hatten einige Protagonisten wochenlang die Beschlagnahme russischer Kunst gefordert – bis die Sammlung dann endlich von Paris nach Russland zurückkehren konnte.

Wie die Zeitung The Art Newspaper damals berichtet hatte, erfolgte der Rücktransport auf dem Landweg, da es keine Direktflüge zwischen Russland und Frankreich mehr gab. Nach Angaben einer staatlichen Quelle der Zeitung, habe die französische Regierung noch intervenieren müssen, "um den sicheren Transport der Kunstwerke über die Grenzen der Nachbarstaaten zu gewährleisten". Die Administration Frankreichs habe daher mit allen

involvierten Ländern "diplomatische Kontakte aufgenommen, um sicherzustellen, dass die Werke auf ihrem Weg nach Hause nicht beschlagnahmt werden", so die Zeitung. Die russische Kulturministerin Olga Ljubimowa ist überzeugt, dass die Vorbehalte gegen die russische Kunst und Kultur im Westen vorübergehend sind. Das große Interesse an der Pariser Ausstellung von Kunstwerken aus der Sammlung Morosow sei ein Beweis dafür.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bb0f56b480cc31891113ce.jpg>

Eine Besucherin der Ausstellung "Bruder Iwan – Die Sammlungen von Michail und Iwan Morosow" im Staatlichen Puschkin-Museum für Schöne Künste in Moskau, Russland

15:38 de.rt.com: **Syrien erkennt Donbass-Republiken an**

Das syrische Außenministerium in Damaskus erklärte, dass das Land die zwei Republiken im Donbass anerkennt, die sich 2014 nach dem Maidan-Putsch in der Ukraine gebildet hatten. Beide Seiten wollen "Beziehungen in allen Bereichen" aufbauen.

Syrien hat die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR bzw. LVR) im Donbass anerkannt, wie die syrische Nachrichtenagentur SANA unter Berufung auf Quellen im syrischen Außenministerium in Damaskus berichtete. Die Republiken hatten im Jahr 2014 ihre Absicht bekundet, sich von der Ukraine abzuspalten, und wurden im Februar dieses Jahres offiziell von Russland anerkannt wurden. SANA schreibt:

"Die Arabische Republik Syrien hat beschlossen, die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Lugansk und der Volksrepublik Donezk anzuerkennen, da sie den gemeinsamen Willen und den Wunsch haben, Beziehungen in allen Bereichen aufzubauen."

Die beiden Republiken, die zusammen die Region Donbass bilden, erklärten 2014 ihre Unabhängigkeit von der Ukraine, nachdem ein vom Westen unterstützter Putsch den demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch gestürzt hatte. Das Kiewer Militär führte daraufhin einen achtjährigen Krieg gegen die beiden Republiken. Russland erkannte im Februar, zwei Tage vor Beginn der Moskauer Militäroperation in der Ukraine, deren Unabhängigkeit an.

Im September 2015 begann Russland auf Ersuchen von Damaskus eine Militäroperation in Syrien, das zu dieser Zeit in einen Krieg mit dem sogenannten Islamischen Staat (IS, früherer ISIS) und anderen terroristischen Gruppen verwickelt war. Moskaus Militäroperation spielte eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der rechtmäßigen Regierung bei der Wiederherstellung des Friedens im Land.

Im Februar 2022 erklärte der syrische Präsident Bashar Assad, er sei bereit, die beiden Republiken im Donbass anzuerkennen.

Eine Reihe anderer Länder, darunter Weißrussland, Nicaragua, Sudan und Venezuela, haben zwar selbst die Donbass-Republiken nicht anerkannt, aber ihre Unterstützung für die Anerkennung durch Russland angekündigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc57a5b480cc4f025f2891.jpeg>

16:51 (15:51) novorosinform.org: **Die USA frieren Hunderte Milliarden Dollar russischer Vermögenswerte ein**

Das US-Finanzministerium berichtete, dass russische Vermögenswerte im Wert von 330 Milliarden Dollar im Land eingefroren wurden.

Vermögenswerte, die unter die Sanktionen fielen, wurden eingefroren oder auf Konten ausländischer Banken gesperrt. Der größte blockierte Betrag waren die Einlagen der Zentralbank in Höhe von etwa dreihundert Milliarden Dollar.

Es wird präzisiert, dass die internationale Gruppe zur Suche nach russischen Vermögenswerten, der Vertreter aus Australien, Großbritannien, Deutschland, Italien, Kanada, Frankreich, Japan und der Europäischen Kommission angehören, ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen habe. Sie überwache weiterhin Organisationen, die unter Sanktionen gefallen sind, und drohen Gelder einzufrieren.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow erklärte, dass mehr als die Hälfte der Gold- und Devisenreserven der russischen Zentralbank bereits eingefroren seien.



https://novorosinform.org/content/images/78/70/47870_720x405.jpg

16:07 de.rt.com: **NATO-Chef will klimafreundliche Streitkräfte**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am Dienstag, das Militärbündnis beabsichtige, seine Kohlendioxidemissionen bis 2050 auf null zu senken. Die Soldaten der Zukunft würden in Elektrofahrzeugen auf die Schlachtfelder geschickt.

In diesem Jahr wird der Militärblock NATO laut dessen Generalsekretär Jens Stoltenberg ein aktualisiertes Strategisches Konzept veröffentlichen. Ein Dokument, das den Auftrag und die Haltung der Allianz gegenüber Nicht-Mitgliedern umreißt. Darin werde China zum ersten Mal als "Herausforderung" bezeichnet. Außerdem werde deutlich gemacht, dass die NATO-Verbündeten Russland als die bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung betrachteten, so Stoltenberg am Rande des dreitägigen NATO-Jahresgipfels, der in Madrid stattfand.

Der NATO-Chef eröffnete den Gipfel jedoch mit einem Treffen zum Klimawandel und

versprach in einer Rede, das Bündnis "grün zu überarbeiten".

Stoltenberg kündigte an, dass die NATO ihre Kohlendioxidemissionen bis 2030 um mindestens 45 Prozent reduzieren und bis 2050 durch einen Mix aus "erneuerbaren Energien, klimafreundlichen synthetischen Kraftstoffen und energieeffizienteren Lösungen" netto null erreichen werde. Er betonte:

"Schon heute sind die besten neuen Autos echte Elektrofahrzeuge."

"Ich glaube, dass die fortschrittlichsten Militärfahrzeuge und die widerstandsfähigsten Streitkräfte in Zukunft diejenigen sein werden, die nicht auf fossile Brennstoffe angewiesen sind."

Auch US-Präsident Joe Biden versprach im April, Milliarden von US-Dollar ausgeben zu wollen, um alle Fahrzeuge des US-Militärs klimafreundlich zu machen. Für diesen Vorschlag erntete Biden heftigen Spott von der Opposition.

Stoltenberg erklärte, der Konflikt in der Ukraine zeige, dass sich die westlichen Verbündeten "vom russischen Öl und Gas entwöhnen" müssten. Angesichts der Tatsache, dass China im neuen Strategischen Konzept der NATO eine wichtige Rolle spielen wird, warnte er jedoch, dass der Westen weitere Quellen für Seltenerdmetalle suchen müsse, da China diese Branche dominiere und die Rohstoffe für die Herstellung von Windturbinen, Unterhaltungselektronik und Batterien für Elektrofahrzeuge unerlässlich seien.

Der NATO-Generalsekretär erklärte, die Allianz berücksichtige bereits den Klimawandel bei der Planung ihrer Einsätze. Diese würden zunehmend im hohen Norden stattfinden. Damit spielte er wahrscheinlich auf die arktischen Regionen nördlich von Skandinavien an, wo die NATO bereits regelmäßig Übungen nahe der russischen Grenzen abhält.

Im Vorfeld des Madrider Gipfels kündigte Stoltenberg am Montag an, dass die NATO die Zahl ihrer einsatzbereiten Soldaten von 40.000 auf "weit über 300.000" erhöhen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc3684b480cc782f64d355.jpg>

16:39 de.rt.com: **Ukraine erklärt kritische Journalistin zur Staatsfeindin**

Die berühmte ukrainische Website Mirotworez erklärte eine Journalistin zur Staatsfeindin, die einen Artikel geschrieben hatte, in dem sie der ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten vorwarf, angebliche Vergewaltigungen durch russische Truppen frei erfunden zu haben.

Die ukrainische Journalistin Sonja Lukaschowa ist auf der berühmten Website Mirotworez ("Friedensstifter") gelandet, nachdem sie einen brisanten Artikel verfasst hatte. Im Artikel behauptete sie, dass die meisten Vergewaltigungsvorwürfe, die von der ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten des Landes, Ljudmila Denisowa, gegen das russische Militär erhoben wurden, falsch seien. Mirotworez, das mutmaßlich vom ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) betrieben wird, listet Personen auf, die als "Feinde der Ukraine" gelten.

Die bahnbrechende Enthüllung wurde am Montag von der Zeitung Ukrainskaja Prawda veröffentlicht. Laut dem Artikel, der sich auf verschiedene offizielle Quellen beruft, ist die überwiegende Mehrheit der Behauptungen über "sexuelle Gräueltaten", die angeblich von

russischen Truppen während des Konflikts begangen wurden, falsch. Die Behauptungen wurden von der Menschenrechtsbeauftragten Denisowa verbreitet, die Ende Mai nach einem Misstrauensvotum abgesetzt wurde. Sie hatte versäumt, humanitäre Korridore und einen Gefangenenaustausch zu organisieren, und konzentrierte sich vielmehr auf die Verbreitung unbestätigter und unbegründeter Behauptungen.

Dem Bericht zufolge versuchten ukrainische Strafverfolgungsbeamte, Denisowas Behauptungen zu untersuchen, fanden aber keine Beweise für deren Untermauerung. Nach mehreren Verhören Denisowas fanden die Beamten heraus, dass die Menschenrechtsbeauftragte all ihre brisanten Enthüllungen von ihrer Tochter Alexandra Kwitko "beim Tee" erhalten hatte. Letztere leitete eine "psychologische Hotline" für Opfer von Kriegsgewalt, die von Denisowas Büro in Zusammenarbeit mit dem UNICEF eingerichtet wurde.

Der Hotline fehlte es an Transparenz: Während Kwitko den Ermittlern angeblich erzählte, sie habe in nur eineinhalb Monaten über 1.000 Anrufe erhalten, von denen etwa 450 die Vergewaltigung von Minderjährigen betrafen, gingen laut den Protokollen der Hotline nur 92 Anrufe ein. Auch die genaue Art der Anrufe blieb unklar, da Kwitko dem Ermittlungsbericht zufolge keine Angaben zu den angeblichen Opfern machte.

Mehrere ukrainische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verurteilten die Enthüllungen Lukaschowas und betonten, dass die Berichterstattung über die Aktivitäten der in Ungnade gefallenen Menschenrechtsbeauftragten und ihrer Tochter Russland helfen würde. Der politische Kommentator und prominente Unterstützer von Ex-Präsident Petro Poroschenko, Taras Beresovez, beschuldigte die Reporterin beispielsweise unverblümt, erstklassiges Material für "russische Propaganda" zu produzieren. In einem Social-Media-Post schrieb der Kommentator:

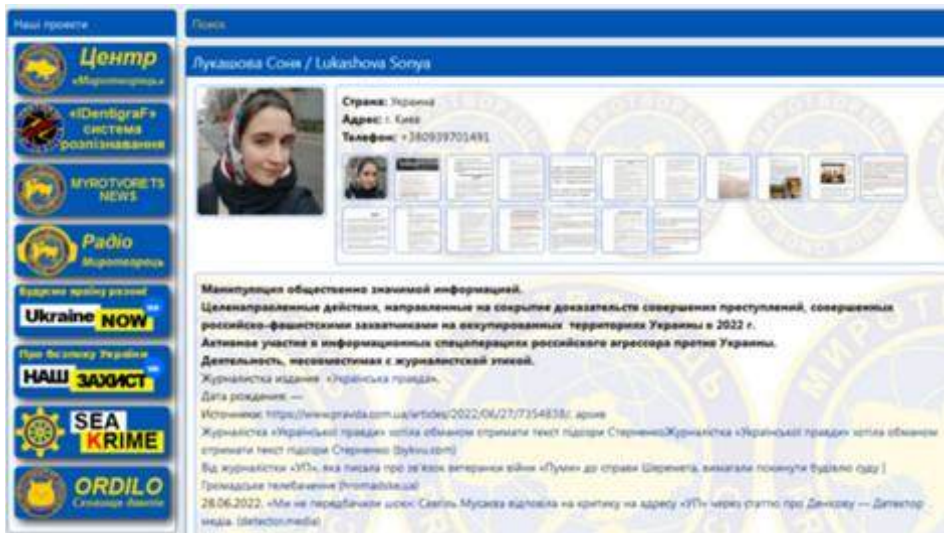
"Die Autorin der Denisowa-Untersuchung, Sonja Lukaschowa, die die ehemalige Menschenrechtsbeauftragte beschuldigte, zahlreiche Fälschungen über die Vergewaltigung ukrainischer Kinder erstellt zu haben, landete in der Datenbank von Mirotworez.

Lukaschowas Material wurde von der russischen Propaganda sehr (häufig) zitiert."

Der Mirotworez-Eintrag für Lukaschowa besagt, dass die Aktivitäten der Reporterin in irgendeiner Weise "mit der journalistischen Ethik unvereinbar" seien. Der Journalistin wird vorgeworfen, sich aktiv an "speziellen Informationsoperationen der russischen Aggression gegen die Ukraine" zu beteiligen und "öffentlich bedeutsame Informationen zu manipulieren".

Der von der Zeitung veröffentlichte Bericht laufe darauf hinaus, "Beweise für Verbrechen zu verschleiern", die angeblich vom russischen Militär begangen worden seien, so Mirotworez.

Die Mirotworez-Website wurde 2014 als öffentliche Datenbank von "pro-russischen Terroristen, Separatisten, Söldnern, Kriegsverbrechern und Mördern" eingerichtet. Die Website enthält Links zu Konten in sozialen Medien und persönliche Informationen wie Privatadressen, Telefonnummern und E-Mails. Im Laufe der Jahre sind zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Politiker auf der Mirotworez-Liste gelandet, weil sie als "anti-ukrainisch" eingestuft wurden. Ungarns Premierminister Viktor Orbán und der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger gehören zu den jüngsten Neuzugängen in der Datenbank.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc2ae2b480cc722500a4d3.png>

16:40 de.rt.com: **Moskau nennt NATO-Norderweiterung einen destabilisierenden Faktor**
 Russland steht einem möglichen NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens nach wie vor negativ gegenüber, sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow am Mittwoch gegenüber Reportern. Auf eine entsprechende Frage zu Moskaus Haltung gegenüber der angestrebten Erweiterung der Militäralliance nach Osten antwortete er: "Negativ. Unser Standpunkt ist bekannt und ändert sich nicht – wir halten die Erweiterung des Nordatlantischen Bündnisses für einen rein destabilisierenden Faktor in den internationalen Angelegenheiten. Sie bringt keine Sicherheit, weder für diejenigen, die expandieren und zu den beitretenden Staaten gehören, noch für die übrigen Länder, die das Bündnis als Bedrohung wahrnehmen."

Dem Diplomaten zufolge besiegeln die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Madrid den Kurs des Bündnisses in Richtung einer aggressiven Abschreckung Russlands. Sie würden jedoch keine Auswirkungen auf die russische Politik haben, und Moskau werde in jedem Fall in der Lage sein, seine Sicherheit zu gewährleisten, so Rjabkow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bc4a7d48fbef7cc346adf0.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 29. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiterhin vorrangige Maßnahmen zur Wiederherstellung des sozialen und humanitären Bereichs durch.

Nachrichtentechniker installieren auf dem Abschnitt Kljutschewoje - Kremenjowka weiterhin

Geräte für Kommunikationseinrichtungen. In Mariupol wurde die Haupt-Glasfaser-Kommunikationsleitung untersucht, die wieder in Betrieb genommen wird. Im Dorf Sarja wurde ein Postamt eröffnet. Mehr als 4.400 Personen beantragten die Aufnahme in Gesundheitseinrichtungen. In Berdjansk wurde die Arbeit einer mobilen Apotheke organisiert. Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR frästen weitere 250 Quadratmeter und verlegten 55 Tonnen Asphaltbetonmischung auf der Autobahn Kremenjowka-Jalta. An den Bahnhöfen von Mariupol, Satschatiewka und Wolnowacha wurden Arbeiten zur Wiederherstellung der Gleise durchgeführt, die Schienen und Stahlbetonschwellen werden ersetzt. An den Bahnhöfen Wolnowacha, Sartana und Weliko Anadol wurden weitere 2.000 Meter des Kontaktnetzes und der Stromversorgung wiederhergestellt Spezialisten restaurieren Räumlichkeiten an den Bahnhöfen Mariupol und Satschatiewka. In Wolnowacha wurde ein Wohnhaus an der Straße vom Bahnhof mit Strom versorgt. Pioniere untersuchten mehr als 25,6 Hektar Territorium und 47.500 Quadratmeter Räumlichkeiten und neutralisierten 261 explosive Objekte. Rettungskräfte lieferten 1.745 humanitäre Pakete in die Bezirke Wolnowacha und Krasnolimansk. Die Bezirksverwaltungen nehmen weiterhin Stellungnahmen zu den bestehenden Problemen und dem Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Siedlungen entgegen. Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR kontrollieren das Passregime und sorgen für den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Siedlungen. Bei Erhalt von Hinweisen auf verdächtige Personen und mögliche rechtswidrige Handlungen wenden Sie sich bitte umgehend an die Telefonnummern des Ministerium für Staatssicherheit der DVR.

17:05 de.rt.com: **LVR meldet: Garnison von Sewersk wird von US-amerikanischen Söldnern kommandiert**

Nach Angaben des Nachrichtendienstes der Lugansker Volksrepublik werden ukrainische Verbände, die in der Stadt Sewersk im Norden des Gebietes Donezk stationiert sind, de facto von US-amerikanischen Söldnern befehligt. Dies meldete der Assistent des Innenministers der LVR, Witalij Kiseljow, der Nachrichtenagentur TASS. Er erklärte: "Gegenwärtig befinden sich in Sewersk etwa sechs taktische Bataillone der ukrainischen Streitkräfte, die am kommenden Tag in Richtung Kramatorsk zur Unterstützung von Slawjansk ausrücken werden. Die Kampfhandlungen werden komplett von Söldnern aus den USA geleitet: Sie sagen den Bataillonen, wohin und wie sie sich bewegen müssen." Zuvor hatte Kiseljow die Anzahl der ausländischen Söldner in Sewersk auf knapp 200 eingeschätzt. Die Mehrheit davon soll aus Polen stammen. Weitere Söldner würden sich unter den etwa 500 ukrainischen Militärangehörigen befinden, die am vergangenen Tag aus dem belagerten Lissitschansk geflohen waren.

17:15 de.rt.com: **Nach NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands: Türkei verlangt Auslieferung von 33 "Terrorverdächtigen"**

Die Türkei hat nun doch am Dienstag einem NATO-Beitritt von Finnland und Schweden zugestimmt. Nun fordert das Land im Gegenzug die erste Erfüllung von Zugeständnissen der Beitrittskandidaten.

Nachdem die Türkei am Dienstag für zugesagte Gegenleistungen ihren Widerstand gegen einen Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO aufgegeben hat, stellt sie nun erste Forderungen. Ankara verlangt von den beiden Ländern die Auslieferung von 33 "Terror"-Verdächtigen. Die Forderung beruhe auf der Absichtserklärung, welche die Türkei mit den beiden nordischen Ländern unterzeichnet habe, sagte Justizminister Bekir Bozdağ am Mittwoch:

"Im Rahmen des neuen Abkommens werden wir Finnland um die Auslieferung von sechs PKK- und sechs Fetö-Mitgliedern [von der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen] ersuchen und Schweden um die Auslieferung von zehn Fetö-Mitgliedern und elf PKK-Mitgliedern."

Im Zuge des Ukraine-Krieges hatten Finnland und Schweden im Mai, auch ermuntert durch die USA, einen Antrag für die Aufnahme in die NATO gestellt. Die Türkei stellte sich bis vor Kurzem noch quer und knüpfte ihre erforderliche Zustimmung zum NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens an eigene harte Bedingungen wie etwa die Auslieferung von Mitgliedern der in den USA und der EU als "Terrororganisation" eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) an die Türkei.

Der türkische Präsident Erdoğan hat aber letztendlich seine wochenlange Blockade gegen die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO nach zähen Verhandlungen am Dienstag auf dem NATO-Gipfel in Madrid aufgegeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bc651c48fbef55bd30b04a.jpg>
NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüßt den türkischen Präsidenten vor einer Sitzung des NATO-Gipfels in Madrid am 29. Juni 2022

18:52 (17:52) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Der Transit nach Kaliningrad könnte in einigen Tagen wieder aufgenommen werden**

Reuters berichtet, dass der Transit durch Litauen nach Kaliningrad in wenigen Tagen wieder aufgenommen werden könnte, schreibt RIA Novosti.

Die EU habe sich mit Vilnius auf einen Kompromiss geeinigt, Brüssel verhandele über die Herausnahme der Region Kaliningrad aus dem Sanktionsregime. Derzeit werde „der Weg für ein Abkommen geebnet“, das im Juli unterzeichnet werden könnte, wenn Litauen seine Einwände zurückzieht.

Im Reuters-Bericht heißt es, dass EU-Beamte zu „einem Kompromissabkommen mit dem baltischen Staat“ tendieren, um die Beziehungen zur Russischen Föderation im Zusammenhang mit dem Konflikt zu verbessern.

Es ist möglich, dass die Entscheidung, den Transit nach Kaliningrad zu blockieren, "in der Hitze des Gefechts" getroffen wurde und dass ein Dialog über die Aufhebung der Blockade nach den Reaktionen der russischen Regierung eingeleitet wurde.



https://novorosinform.org/content/images/78/85/47885_720x405.jpg

17:55 de.rt.com: **Ukrainische Drohne im Gebiet Brjansk abgeschossen**

Alexander Bogomaz, der Gouverneur des an der Grenze zur Ukraine gelegenen russischen Gebiets Brjansk, hat den Abschuss einer ukrainischen Drohne in der Region gemeldet. Auf seinem Telegramkanal schrieb er:

"Die ukrainischen Streitkräfte versuchen, die Lage in den Grenzsiedlungen des Gebiets Brjansk zu destabilisieren und Zivilisten einzuschüchtern. Eine ukrainische Drohne, die dreimal das Dorf Slutschowsk im Bezirk Pogor anzugreifen versuchte, wurde abgeschossen und zerstört."

Bogomaz zufolge wurde bei dem Angriff niemand verletzt und auch kein Gebäude beschädigt. Er versicherte, dass sich Russlands Streitkräfte in erhöhter Alarmbereitschaft befinden und das Gebiet verteidigen würden.

18:58 (17:58) **novorosinform.org: Die Ukraine wird ihre Gebiete mit militärischen Mitteln zurückgeben – Podoljak**

Der Berater des Leiters von Selenskijs Büro, Michail Podoljak, sagte, Kiew werde seine Absicht nicht aufgeben, die verlorenen Gebiete mit militärischen Mitteln zurückzuholen. Er erklärte, dass die Ukraine dafür eine große Anzahl schwerer Waffen benötige. Podoljak betonte, dass Aussagen über die Rückholung von Gebieten ein militärisches Kalkül seien und kein „beruhigendes Mantra“ oder ein politischer Slogan.

„Alles, was dazu benötigt wird, ist eine bestimmte Anzahl von Positionen von bestimmtem schwerem Gerät, um Waffenparität zu erreichen“, schrieb der Politiker auf seinem Telegram-Kanal.

Zuvor sagte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba, einige Vertreter der arabischen Länder sowie Afrikas und Asiens hätten Kiew geraten, den Widerstand einzustellen. CNN berichtete auch, dass US-Beamte die Möglichkeit bezweifeln, die seit Beginn der Sonderoperation verlorenen Gebiete wieder unter ukrainische Kontrolle zu bringen.



https://novorosinform.org/content/images/78/87/47887_720x405.jpg

abends:

dan-news.info: Der erste Gefangenenaustausch zwischen der DVR und der Ukraine seit Beginn der militärischen Spezialoperation hat heute nach der Formel „144 gegen 144“ stattgefunden.

„Heute bringen wir 144 Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Russischen Föderation, die beim Gegner in Gefangenschaft geraten sind, nach Hause. Wir haben Kiew genauso viele Gefangene aus den bewaffneten Formationen der Ukraine übergeben, die Mehrzahl davon Verletzte. Einige von ihnen sind einfache Soldaten der nationalistischen Bataillone, ihre Zustand ist bedauernswert: die Verletzungen sind schwer, mit Amputationen von Gliedern und weiteren Komplikationen“, teilte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit. Er berichtete, dass unter den aus ukrainischen Gefangenschaft Befreiten sehr geschätzte Soldaten und mobilisierte Soldaten sind. „Die Mehrheit von ihnen ist verletzt und sie brauchen dringend qualifizierte medizinische Behandlung. Ich wünsche ihnen schnellstmögliche Genesung“, unterstrich er.

18:31 Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Situation um 19.30 Uhr am 29.06.2022

Die ukrainische Seite terrorisiert weiterhin die Zivilbevölkerung der Republik und verübt massive Artillerieangriffe auf Wohngebiete und zivile Infrastruktur, die ihrerseits keine Gefahr für den Feind darstellen und keine militärischen Ziele sind.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Feind nach Angaben der Vertretung der DVR im GZKK **mehr als 100-Granaten** aus BM-21-Grad-Mehrfachraketen systemen, 152- und 122-mm-Kanonenartillerie sowie 82 und 120-mm-Mörsern **abgefeuert**.

Das Feuer wurde auf **8 Ortschaften** der Republik eröffnet. Infolge des Beschusses von Krasny Partizan und Jasinowataja starben zwei Männer, geb. 1980 und 1936. Zwei Wohngebäude und eine Objekt der zivilen Infrastruktur wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und die Schäden an der Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Aktionen des Militärs der Volksrepublik Donezk und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden die folgenden feindlichen Waffen und militärische Ausrüstung vernichtet: 3 Fahrzeuge, 2 gepanzerte Mannschaftswagen und 38 Kämpfer. Im Bereich der Siedlung Krasnogorowka wurden 2 feindliche Feuerstellungen unterdrückt.

Drei Verteidiger der Volksrepublik Donezk wurden bei der Erfüllung ihrer militärischen

Pflicht im Kampf um die Unabhängigkeit **verletzt**.